



# Änderungsanträge

zum Landesparteitag  
der SPD Baden-Württemberg  
am 21. Oktober 2023  
in Heilbronn

## Berichterstatter:innen

Antragsbereich	Berichterstatter:innen
Europa	Bettina Ahrens-Diez Lukas Hornung
Arbeit und Soziales	Daniela Harsch Leon Köpfle
Außen- und Sicherheitspolitik	Kevin Leiser
Bildung	Viviane Sigg Annkathrin Wulff
Gesundheit und Pflege	Birte Könnecke
Innen und Recht	Leon Köpfle
Partei und Organisation	René Repasi
Verkehr und Infrastruktur	Lina Seitzl
Wirtschaft	Sebastian Weigle
Sonstiges	Wolfgang Katzmarek
Initiativanträge	René Repasi Daniela Harsch

## Mitglieder der Antragskommission

Bettina Ahrens-Diez	Heike Baehrens	Stephanie Bernickel
Daniel Born	Lars Castellucci	Jakob Dongus
N.N.	Daniela Harsch	Lukas Hornung
Wolfgang Katzmarek	Birte Könnecke	Leon Köpfle
Kevin Leiser	Judith Marvi	Katja Mast
Dominique Odar	René Repasi	Sarah Schlösser
Lina Seitzl	Viviane Sigg	Katharina Spohrer
Tim Strobel	Huyhn Trong An Tang	Florian Wahl
Jonas Weber	Sebastian Weigle	Boris Weirauch
Annalena Wirth	Andreas Woerlein	Annkathrin Wulff

René Repasi	Vorsitzender
Daniela Harsch	Stellvertreterin
Lina Seitzl	Stellvertreterin

## Impressum

### Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

[www.spd-bw.de](http://www.spd-bw.de)

# Anträge

## Inhaltsverzeichnis

### EU - Europa

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
EU01 - Ä01	Änderungsantrag zu EU01 KV Konstanz	2
EU01 - Ä02	Änderungsantrag zu EU01 KV Freiburg	3
EU01 - Ä03	Änderungsantrag zu EU01 Jusos Baden-Württemberg	4
EU01 - Ä04	Änderungsantrag zu EU01 Jusos Baden-Württemberg	6

## Antrag EU01 - Ä01: Änderungsantrag zu EU01

Änderungsantrag zu EU01

Antragsteller*in:	KV Konstanz
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	EU - Europa

### Zeile 92

84 Das Europäische Parlament ist das Herzstück der europäischen Demokratie. Seine  
85 Stärkung ist deshalb zentral für die weitere Integration Europas. Anders als bisher  
86 soll das Parlament ein Initiativrecht erhalten und damit auch selbst  
87 Gesetzesvorschläge machen können. Auch das Recht für das Vorschlagen und Wählen der  
88 Kommissionspräsidentschaft soll in Zukunft beim Europäischen Parlament liegen. So  
89 stärken wir die Rolle der Volksvertretung bei der personellen Besetzung der anderen  
90 EU-Institutionen. Als Königsrecht eines jeden Parlaments soll auch das Europäische  
91 Parlament das alleinige Haushaltsrecht erhalten und damit über die Verteilung der  
92 finanziellen Mittel der Union entscheiden. Wir wollen außerdem die Mitwirkungsrechte der  
Abgeordneten stärken und im Falle deren Verletzung ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof  
ermöglichen. Bei den Europawahlen wollen wir den  
93 Grundsatz der Wahlgleichheit stärken und dafür transnationale Listen einführen.  
94 Zunächst können die aktuell unbesetzten 46 Parlamentssitze länderübergreifend besetzt  
95 werden. Anschließend wollen wir den transnationalen Sitzanteil nach und nach  
96 ausweiten.

## Antrag EU01 - Ä02: Änderungsantrag zu EU01

Änderungsantrag zu EU01

Antragsteller*in:	KV Freiburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	EU - Europa

### Zeile 364 - 365

345 Als Sozialdemokratie streiten wir für eine humane und solidarische europäische  
346 Asylpolitik. In der Praxis sind aber illegale Pushbacks und die Unterbringung von  
347 Geflüchteten in gefängnisähnlichen Lagern wie Moria an der Tagesordnung. Die  
348 bestehende europäische Asylpolitik mit dem sog. Dublin-System, das die Verantwortung  
349 für Geflüchtete einseitig auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen der EU abwälzt,  
350 ist der Hauptgrund dafür. Eine Reform des europäischen Asylsystems, die eine  
351 solidarische Teilung der Verantwortung für Geflüchtete unter allen Mitgliedstaaten  
352 einführt, ist unerlässlich, um das Grundrecht auf Asyl zu schützen und eine humane  
353 und solidarische Politik für Geflüchtete zu erreichen. Gleichzeitig schützen wir so  
354 unsere offenen europäischen Binnengrenzen. Forderungen nach innereuropäischen  
355 Grenzsicherungen lehnen wir klar ab. Nach jahrelangem Streit haben sich die  
356 Regierungen der Mitgliedstaaten im Rat auf Eckpunkte für eine Reform des Gemeinsamen  
357 Europäischen Asylsystems geeinigt, das einen verpflichtenden solidarischen  
358 Umverteilungsmechanismus beinhaltet. In Zukunft Verantwortung für Geflüchtete  
359 solidarisch untereinander zu teilen ist unerlässlich, um einer ungleichmäßigen  
360 Übernahme von Lasten vorzubeugen. Durch den Beschluss im Rat konnten die  
361 abschließenden Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament endlich beginnen. Als SPD  
362 ist unsere Haltung für jede Reform klar: Das individuelle Menschenrecht auf Asyl und  
363 das internationale Flüchtlingsrecht sind nicht verhandelbar. Es muss ein System  
364 geschaffen werden, das Schutzsuchenden in der Praxis Hilfe leistet. ~~Familien mit~~  
365 ~~minderjährigen Kindern~~ Menschen dabei haftähnlichen Bedingungen auszusetzen, ist für uns  
366 inakzeptabel.

## Antrag EU01 - Ä03: Änderungsantrag zu EU01

Änderungsantrag zu EU01

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	EU - Europa

### Zeile 364 - 366

345 Als Sozialdemokratie streiten wir für eine humane und solidarische europäische  
346 Asylpolitik. In der Praxis sind aber illegale Pushbacks und die Unterbringung von  
347 Geflüchteten in gefängnisähnlichen Lagern wie Moria an der Tagesordnung. Die  
348 bestehende europäische Asylpolitik mit dem sog. Dublin-System, das die Verantwortung  
349 für Geflüchtete einseitig auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen der EU abwälzt,  
350 ist der Hauptgrund dafür. Eine Reform des europäischen Asylsystems, die eine  
351 solidarische Teilung der Verantwortung für Geflüchtete unter allen Mitgliedstaaten  
352 einführt, ist unerlässlich, um das Grundrecht auf Asyl zu schützen und eine humane  
353 und solidarische Politik für Geflüchtete zu erreichen. Gleichzeitig schützen wir so  
354 unsere offenen europäischen Binnengrenzen. Forderungen nach innereuropäischen  
355 Grenzschießungen lehnen wir klar ab. Nach jahrelangem Streit haben sich die  
356 Regierungen der Mitgliedstaaten im Rat auf Eckpunkte für eine Reform des Gemeinsamen  
357 Europäischen Asylsystems geeinigt, das einen verpflichtenden solidarischen  
358 Umverteilungsmechanismus beinhaltet. In Zukunft Verantwortung für Geflüchtete  
359 solidarisch untereinander zu teilen ist unerlässlich, um einer ungleichmäßigen  
360 Übernahme von Lasten vorzubeugen. Durch den Beschluss im Rat konnten die  
361 abschließenden Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament endlich beginnen. Als SPD  
362 ist unsere Haltung für jede Reform klar: Das individuelle Menschenrecht auf Asyl und  
363 das internationale Flüchtlingsrecht sind nicht verhandelbar. Es muss ein System  
364 geschaffen werden, das Schutzsuchenden in der Praxis Hilfe leistet. ~~Familien mit~~  
365 ~~minderjährigen Kindern dabei~~ Es darf keine haftähnlichen Bedingungen ~~auszusetzen, geben: Jede und~~  
jeder muss alle Einrichtungen im laufenden Asylprozess jederzeit verlassen können. Die Schaffung  
von Transitzonen durch die Anwendung der Fiktion der Nichteinreise lehnen wir ab. Die Gewährung  
rechtsstaatlicher Verfahren ist für uns  
366 ~~in~~ akzeptable essentiell.

### Zeile 367

367

### Zeile 368 - 374

368 ~~Für diese Politik braucht es politische Mehrheiten. Dass es jahrelang zu keiner~~  
369 ~~Einigung über gemeinsame europäische Regelungen kam, zeigt wie schwer es ist, in~~  
370 ~~dieser Frage im Rat eine ausreichende Anzahl an mitgliedstaatlichen Regierungen für~~  
371 ~~eine qualifizierte Mehrheit zusammenzubringen. In den Trilog-Verhandlungen zwischen~~  
372 ~~Parlament, Rat und Kommission wollen wir uns nun dafür stark machen, dass~~  
373 ~~rechtsstaatliche und humanitäre Standards bei der Umsetzung gewährleistet werden.~~

~~374 Dazu gehören auch öffentliche Monitoring-Verfahren und parlamentarische Kontrolle.~~

## **Zeile 375**

~~375~~

## **Zeile 376 - 385**

~~376 Unabhängig von den aktuellen Reformvorhaben steht für uns weiter fest: das Sterben im  
377 Mittelmeer muss aufhören. Seenotrettung darf nicht kriminalisiert, sondern muss  
378 staatlich gewährleistet werden. Pushbacks verstoßen gegen das Völkerrecht und müssen  
379 klar sanktioniert werden. Ein Tolerieren durch oder gar eine Beteiligung von Behörden  
380 der Mitgliedstaaten oder von Frontex darf es nicht geben. Frontex steht seit Jahren  
381 berichtigt in der Kritik und muss reformiert werden. Die Behörde muss  
382 Menschenrechtsverletzungen aufklären und wo immer möglich verhindern, statt diese zu  
383 verschleiern. Weiter wollen wir legale Wege für Geflüchtete schaffen, etwa durch  
384 humanitäre Visa, verbesserte Familienzusammenführung oder Resettlement, also die  
385 gezielte Aufnahme von Menschen direkt aus Aufnahmelagern der UN.~~

# Antrag EU01 - Ä04: Änderungsantrag zu EU01

Änderungsantrag zu EU01

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	EU - Europa

## Zeile 345 - 366

~~345 Als Sozialdemokratie streiten wir für eine humane und solidarische europäische  
346 Asylpolitik. In der Praxis sind aber illegale Pushbacks und die Unterbringung von  
347 Geflüchteten in gefängnisähnlichen Lagern wie Moria an der Tagesordnung. Die  
348 bestehende europäische Asylpolitik mit dem sog. Dublin-System, das die Verantwortung  
349 für Geflüchtete einseitig auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen der EU abwälzt,  
350 ist der Hauptgrund dafür. Eine Reform des europäischen Asylsystems, die eine  
351 solidarische Teilung der Verantwortung für Geflüchtete unter allen Mitgliedstaaten  
352 einführt, ist unerlässlich, um das Grundrecht auf Asyl zu schützen und eine humane  
353 und solidarische Politik für Geflüchtete zu erreichen. Gleichzeitig schützen wir so  
354 unsere offenen europäischen Binnengrenzen. Forderungen nach innereuropäischen  
355 Grenzsicherungen lehnen wir klar ab. Nach jahrelangem Streit haben sich die  
356 Regierungen der Mitgliedstaaten im Rat auf Eckpunkte für eine Reform des Gemeinsamen  
357 Europäischen Asylsystems geeinigt, das einen verpflichtenden solidarischen  
358 Umverteilungsmechanismus beinhaltet. In Zukunft Verantwortung für Geflüchtete  
359 solidarisch untereinander zu teilen ist unerlässlich, um einer ungleichmäßigen  
360 Übernahme von Lasten vorzubeugen. Durch den Beschluss im Rat konnten die  
361 abschließenden Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament endlich beginnen. Als SPD  
362 ist unsere Haltung für jede Reform klar: Das individuelle Menschenrecht auf Asyl und  
363 das internationale Flüchtlingsrecht sind nicht verhandelbar. Es muss ein System  
364 geschaffen werden, das Schutzsuchenden in der Praxis Hilfe leistet. Familien mit  
365 minderjährigen Kindern dabei haftähnlichen Bedingungen auszusetzen, ist für uns  
366 inakzeptabel.~~

Als Sozialdemokratie streiten wir für eine humane und solidarische europäische Asylpolitik. In der Praxis sind aber illegale Pushbacks und die Unterbringung von Geflüchteten in gefängnisähnlichen Lagern wie Moria an der Tagesordnung. Die bestehende europäische Asylpolitik mit dem sog. Dublin-System, das die Verantwortung für Geflüchtete einseitig auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen der EU abwälzt, ist der Hauptgrund dafür. Eine Reform des europäischen Asylsystems, die eine solidarische Teilung der Verantwortung für Geflüchtete unter allen Mitgliedstaaten einführt, ist unerlässlich, um das Grundrecht auf Asyl zu schützen und eine humane und solidarische Politik für Geflüchtete zu erreichen. Gleichzeitig schützen wir so unsere offenen europäischen Binnengrenzen. Forderungen nach innereuropäischen Grenzsicherungen lehnen wir klar ab. Nach jahrelangem Streit haben sich die Regierungen der Mitgliedstaaten im Rat auf Eckpunkte für eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems geeinigt, das einen verpflichtenden solidarischen Umverteilungsmechanismus beinhaltet. In Zukunft Verantwortung für Geflüchtete solidarisch untereinander zu teilen ist unerlässlich, um einer ungleichmäßigen Übernahme von Lasten vorzubeugen. Durch den Beschluss im Rat konnten die abschließenden Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament endlich beginnen. Als SPD ist unsere Haltung für jede Reform klar: Das

individuelle Menschenrecht auf Asyl und das internationale Flüchtlingsrecht sind nicht verhandelbar.

367

Schnellverfahren, innerhalb derer eine vollständige und faire Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz nicht möglich ist, und eine Ausweitung der Abschiebehaft sind für uns inakzeptabel.

Wir alle können uns noch an die grausamen Bilder aus Moria erinnern – katastrophale Hygienebedingungen, kein ausreichender Schutz vor Wind und Wetter und mangelnder Platz. Wir wollen verhindern, dass durch die neue Regelung, welche die Asylverfahren direkt am Ankunftsort beginnen lässt, wieder haftähnliche Lager gebildet werden.

368

Wir fordern deshalb die Ausarbeitung von verpflichtenden Mindeststandards zu Hygiene, Ernährung und Platz pro Person, welche jedes Asylzentrum auf europäischem Boden einzuhalten hat.

Verantwortung für die Einhaltung dieser sollen ausdrücklich nicht bloß die Länder haben, auf deren Staatsgebiet die Asylzentren liegen, sondern alle Mitgliedstaaten der Union, beispielsweise über die Entsendung von Sicherheits-, medizinischem oder sonstigem Hilfspersonal. Der Zugang zu Beratungsstellen, sowie zu Rechtsbeistand innerhalb der Zentren ist für die Antragstellenden zu garantieren. Für Menschenrechtsorganisationen und Journalist\*innen muss der Zugang zu den Zentren zum Zweck der Dokumentation und Berichterstattung zu jedem Zeitpunkt garantiert werden.

369

Es muss ein System geschaffen werden, das Schutzsuchenden in der Praxis Hilfe leistet. Familien mit minderjährigen Kindern dabei haftähnlichen Bedingungen auszusetzen, ist für uns inakzeptabel.